

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit einem guten Jahr bin ich nun als Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE tätig. Ich denke, Zeit für einen Zwischenbericht.

Ich möchte Euch deshalb nachfolgend von einigen meiner Aktivitäten erzählen. Bei diesen Aktivitäten lasse ich mich vor allem von zwei Zielen leiten: Zum einen von der Umsetzung des Teilhabekonzeptes aufgrund unseres PV-Beschlusses vom März 2014 inklusive des Wettbewerbs "Barrierefreie Geschäftsstellen". Zum anderen möchte ich gern das Thema Inklusion insgesamt stärker in den Fokus unserer Arbeit rücken und das Verständnis dafür wecken, dass es bei diesem Thema darum geht, dass alle Menschen gleichberechtigt in allen Lebensbereichen teilhaben können - unabhängig von individuellen Voraussetzungen, sozialer und ethnischer Herkunft, Alter, Geschlecht und sexueller Neigung.

Teilhabekonzept bekannter machen

Um das Teilhabekonzept und unser Bestreben, eine inklusive Partei zu werden, bekannter zu machen, habe ich seit Beginn dieses Jahres einige Landesvorstände/Landesverbände bereist und bin mit den Genoss_innen vor Ort ins Gespräch gekommen. Ich war in Bayern, Hamburg, Hessen, Baden-Württemberg, Berlin, NRW, Sachsen und RLP. Dabei habe ich mich sehr über die große Offenheit aller Landesvorstände und die gute Zusammenarbeit mit einigen LAGen Selbstbestimmte Behindertenpolitik gefreut. Ich denke dabei insbesondere an Bayern, Ba-Wü, NRW und Berlin sowie an den AK Inklusion der Linksfraktion in Hamburg.

Auch in meinem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern kann ich feststellen, dass das Thema Inklusion immer stärker mitgedacht wird. Das wurde zum Beispiel vor ein paar Tagen deutlich. Ich hatte zusammen mit Schweriner Genoss_innen eine Wahlkampfveranstaltung "Für Inklusion und Barrierefreiheit - DIE LINKE aktiv im Bundeswahlkampf" angestoßen und organisiert. Dabei waren nicht nur Bundestagskandidat_innen aus M-V anwesend, sondern auch aus Ba-Wü und NRW, so dass auf dieser Veranstaltung auch die bundesweite Sicht auf Inklusion deutlich wurde. Ich habe mich sehr gefreut, dass diese Veranstaltung so erfolgreich verlief und möchte mich ganz herzlich bei allen Beteiligten für ihr Engagement bedanken, denn aus Krankheitsgründen konnte ich letztendlich selbst bei dieser Veranstaltung nicht dabei sein.

Schulische Inklusion in die Offensive bringen

Das Thema "schulische Inklusion" liegt mir aus meiner eigenen Erfahrung heraus besonders am Herzen. Ich freue mich deshalb sehr, Euch davon berichten zu können, dass am vergangenen Montag ein Fachgespräch zur schulischen Inklusion in Köln im Anschluss an den Kongress "Eine Schule für alle. Inklusion schaffen wir" stattfand. Dieses Gespräch habe ich zusammen mit den LINKS-Fraktionen der Landschaftsverbände LVR und LWL vorbereitet und organisiert. Es war ein erster Schritt, um uns als LINKE in Bezug auf schulische Inklusion zu positionieren und gemeinsam einen Strategieplan zu entwickeln, dieses wichtige Thema nicht von unseren politischen Gegnern kaputtmachen zu lassen, sondern in die Offensive zu bringen. Zusammen mit einem jetzt entstehenden Netzwerk aus linken Schulpolitiker_innen und Expert_innen werden wir an diesem Thema dranbleiben.

Denn wir sind uns einig darüber: Politik muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und sicherstellen, dass auf allen Bildungsebenen angemessene Vorkehrungen bereitgestellt werden. Dazu gehören die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen. Dazu gehören gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen, die die unterschiedlichen Förderbedarfe kennen, ohne den Kindern einen Stempel aufzusetzen. Pädagogen, die von Wertschätzung und Zutrauen in wechselseitiger Anerkennung der individuellen Kompetenzen ausgehen. Es geht darum, im gemeinsamen Unterricht möglichst alle Lernenden zu stärken. Vor allem aber geht es um eine neue Lernkultur, in der Freude am Lernen die beste Voraussetzung gegen Lernschwierigkeiten ist.

Dass auf diesem Weg noch viel zu tun ist, zeigt nicht nur die Entwicklung in NRW. Auch in Mecklenburg-Vorpommern schlagen die Wellen gerade hoch, denn die Bildungsministerin (SPD) hat sich dort öffentlich dahingehend äußert, dass es ihrer Ansicht nach eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern gebe, die so verhaltensauffällig sei, dass man sie nicht integrieren könne. Das widerspricht eindeutig der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die Deutschland 2009 ratifiziert hat. Sätze wie: „Für Kinder, die

beißen, kratzen oder schlagen, müssen wir andere Lösungen finden" sind aus meiner Sicht untragbar für eine Ministerin. Deshalb habe ich vor ein paar Tagen eine Pressemitteilung unter dem Titel "Inklusion ist eine Werteentscheidung" veröffentlicht, in der ich zu den merkwürdigen Äußerungen der Bildungsministerin Stellung bezogen habe.

Wahlrecht für alle endlich umsetzen

Aufgrund der bestehenden Wahlrechtsausschlüsse in Deutschland und der oft immer noch fehlenden Barrierefreiheit bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen hatte ich 2016 angeregt, zusammen mit der behindertenpolitischen Sprecherin unserer Bundestagsfraktion, Katrin Werner, der AG Teilhabe Bund, der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und anderen, einen entsprechenden Antrag an den Bundesparteitag einzubringen.

(<https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2016-2018/detail/browse/10/zurueck/beschluesse/artikel/wahlrecht-fuer-alle/>)

Da dieser Antrag aus Zeitgründen nicht vom Bundesparteitag behandelt werden konnte, wurde er in den Parteivorstand verwiesen und von diesem mehrheitlich beschlossen. Ich habe auf verschiedenen Vertreter_innenversammlungen, zum Beispiel in Niedersachsen, in Hessen, auf dem Landesparteitag in Berlin und verschiedenen Infoständen auf diese Wahlrechtsausschlüsse aufmerksam gemacht, ebenso auf die kommunale Musteranfrage zu Wahlausschlüssen und zur Barrierefreiheit von Wahlen. Dabei habe ich gemerkt, wie viel Unkenntnis es noch zu diesem Thema gibt und wie wichtig Aufklärung ist. Ich bin mir sicher, dass wir in dieser Frage in der nächsten Legislaturperiode zusammen noch einiges werden bewegen können.

Auf Freitagstalks weiter zu wichtigen Themen positionieren

Ich habe lange darüber nachgedacht, wie es uns gelingen könnte, innerhalb der Partei zu ausgewählten Fragen der Inklusion mit entsprechenden Fachleuten innerhalb unserer Partei zu diskutieren und eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Dabei kam mir die Idee des "Freitagstalk - zusammen nachgedacht".

Der erste Freitagstalk fand am 7. Oktober 2016 im KL-Haus in Berlin statt. Zu Gast war Dr. Palleit vom Institut für Menschenrechte, DER Experte in Sachen "Wahlrecht für alle". Ein weiterer, sehr konstruktiver Talk fand am 17. Februar 2017 zu ethischen Fragestellungen statt, an dem Kathrin Vogler, gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, teilnahm. Weitere Gesprächsrunden mit Expert_innen sind in Planung.

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit und werde gern in entsprechenden zeitlichen Abständen wieder berichten.

Mit solidarischen Grüßen

Margit Glasow im September 2017

Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE

www.die-linke.de